

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4711

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4711



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Der aktuelle Freitags-Kommentar
03. Mai 2024

Machen Sie mit:

>> [Spenden](#)

>> [Schweizerzeit-Magazin abonnieren](#)

Düstere Aussichten für Europas Wirtschaft

E-Auto-Boom: Bereits eingebrochen?

von Ulrich Schlüer, Redaktor Schweizerzeit, Flaach ZH

Mittels massivster Subventionierung ist es der Politik vor rund drei Jahren gelungen, einen Boom bezüglich der Verkäufe von Elektrofahrzeugen auszulösen. Neuerdings sinken die Verkaufszahlen allerdings in eklatantem Ausmass.

Der Boom für den Kauf von elektrischen Autos ist sowohl in Europa (Deutschland fungierte als Spitzenreiter) als auch in den USA durch mehr als bloss grosszügige Subventionen an Käufer ausgelöst worden.

E-Autos: Nicht markttauglich

In Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe indessen die Regierung vor wenigen Monaten zurückgepfiffen: Eine legale Basis für die Subventionierung von E-Fahrzeugen habe nie bestanden. Die Regierung wurde nicht bloss verpflichtet, jegliche Subventionierung sofort einzustellen. Ausserdem müsse die Summe bereits gewährter Subventionen durch Einsparungen wieder wettgemacht werden.

Dieser Todesstoss jeglicher Subventionierung der E-Auto-Verkäufe bewirkte sofortigen massiven Einbruch der Verkäufe von E-Autos, deren Markttauglichkeit offensichtlich nicht gegeben war und ist.

Eine ganz ähnliche Entwicklung kennzeichnet auch die E-Auto-Verkäufe in den USA.

In Deutschland wirkte sich dieser Einbruch besonders katastrophal aus, stand die Automobilfabrikation doch unter dem zwingenden Verdikt der Regierung, innert Kürze überhaupt nur noch E-Fahrzeuge produzieren zu dürfen. Weitere Produktion von Verbrenner-Fahrzeugen musste also ausgelagert werden in andere Länder – besonders nach Fernost.

Katastrophale Folgen

Der Zusammenbruch des E-Auto-Marktes trifft Europa, insbesondere Deutschland also äusserst hart – nachdem die Verkäufe von E-Autos ihren Kulminationspunkt bereits vor Erlass des Subventionsstopps in Deutschland überschritten hatten. Denn die Verkäufe waren von Anfang an abhängig vom Vorhandensein insbesondere von Schnellladestationen. Die Errichtung solcher Schnellladestationen harzt indessen – weil einerseits die Elektrizitätswerke in weiten Teilen Europas den dafür benötigten Strom schlicht und einfach nicht zu liefern imstande sind. Oder dann, wenn die Ladestationen durch Photovoltaik gespeist werden und den ins Netz abgegebenen Strom nicht ohne Netzschwankungen aufzufangen in der Lage sind, wenn die Ladestationen temporär zu wenig genutzt werden.

Auch realisierten viele Käufer, die zwar Schnellladestationen nutzen konnten, oft zu spät, dass häufige Schnellladungen die Lebensdauer der Akkus nicht unwesentlich beeinträchtigen. Das wird jenen Besitzern von E-Autos schmerzlich bewusst, die nach gewisser Betriebsdauer ihr Fahrzeug verkaufen oder eintauschen wollen. Denn die Preise für E-Occasionen sind vielerorts regelrecht in den Keller gefallen, was die Bereitschaft, erneut ein E-Fahrzeug anzuschaffen, deutlich vermindert hat. Die Rückkehr zu Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren ist in Europa in vollem Gang, obwohl nahezu alle Regierungen stur am (vor allem links-grün ideologisch motivierten) Ziel festhalten, die gesamte Mobilität der Gesellschaft weitestgehend zu elektrifizieren.

Verheerende Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung

Die politisch sture Steuerung der Fahrzeugproduktion insbesondere in Deutschland sorgte andererseits dafür, dass die europäischen Automobilproduzenten ihre Zentren für die Weiterentwicklung von Verbrenner-Motoren zwangsläufig vernachlässigten. Was sollte man in solche Projekte noch Geld investieren, wenn Verbrenner innert absehbarer Zeit in Europa verboten würden?

Andere Märkte, andere Produzenten, insbesondere solche in Fernost, erkannten diese Abkehr der Weltmeister im Motorenbau von Verbrennern als ihre Chance. Und jetzt, da der E-Auto-Boom in Europa sichtbar einbricht, haben die Fernost-Länder alle Trümpfe in ihren Händen, während Europas Autobauer ernüchtert feststellen müssen, sich unter politischem Druck von jener Spezialität abgewandt zu haben, in welcher sie seit Jahrzehnten die Stellung von Weltmeistern innehatten.

Europas Wirtschaft, die unter erheblichem links-grünem politischem Druck alles auf die Karte E-Mobilität zu setzen hatte, steht ernüchtert vor der Tatsache, dass ihr Rückstand bezüglich moderner Verbrenner-Technik bereits bedeutend ist. Zwar haben verschiedene Autobauer ihre Entwicklungsstudien für die Perfektionierung von Verbrenner-Motoren nicht vollständig aufgegeben. Doch ihre Entwicklungszentren, vermeintlich von der Zukunft abgeschnitten, wurden verkleinert und vernachlässigt. Zukunftsträchtige Entwicklung moderner, sparsamer Verbrenner-Technik findet heute

vor allem in Ostasien statt. Und nichts deutet darauf hin, dass ostasiatische Produzenten, denen verblendete Europäer unter ideologischem Zwang alle Trümpfe in die Hände gespielt haben, ihre vorteilhafte Position schon bald wieder preisgeben werden.

Von der Leyens Wiederwahl

Eine Fussnote mag illustrieren, in welchem Ausmass Europa sich selbst aus dem Markt für modernen Automobilbau hinauskatapultiert hat:

Bekanntlich bemüht sich Frau Ursula von der Leyen um ihre Wiederwahl als Präsidentin der EU-Kommission. Die Partei, der sie entstammt, die deutsche CDU, hat ihr kürzlich durch ihren Präsidenten Friedrich Merz mitgeteilt, man werde sie für die Wiederwahl als EU-Kommissionspräsidentin nur unter der Bedingung unterstützen, dass sie zuvor das von der EU erlassene Verbot der Produktion von Autos mit Verbrennungsmotoren, aufs kommende Jahrzehnt zielend, annullieren werde.

Eine Tatsache, welche die Medien hierzulande der Öffentlichkeit noch vorenthalten.

Ulrich Schlüer

Dieser Brisant-Beitrag stützt sich wesentlich auf den im Magazin «Tichys Einblick» (05/24) von Holger Douglas veröffentlichten Artikel «Verkehrswende – VOLLE KRAFT GEGEN DIE NATURGESETZE».